



Medienkommentar

USA: Sanierung des Staatshaushaltes über ruinierte europäische Banken?



Mit Verurteilungen und Rekordstrafen ruiniert der Weltpolizist USA europäische Banken. Die Schweizer Credit Suisse war erst der Anfang.

Mit Verurteilungen und Rekordstrafen ruiniert der Weltpolizist USA europäische Banken. Die Schweizer Credit Suisse war erst der Anfang.

Es ist noch nicht so lange her, da wurden europäische Banken mit vereinten Kräften und Billionen seitens EZB und Steuergeldern der europäischen Staaten gerettet. Seitdem herrschte relative Ruhe im Sektor. Doch seit letzter Woche sind die Banken erneut unter Beschuss: aus den USA. Die US-Behörden konzentrieren sich nun auf das europäische Bankensystem. Die Gesetze machen sie dabei selbst. Vergangene Woche musste sich die Credit Suisse schuldig bekennen, Steuersünder unterstützt zu haben. Strafe 2,8 Mrd. Dollar - zahlbar an die USA

Auf Beweisverfahren zu den geäußerten Beschuldigungen gegen die Schweizer Bank verzichten die USA. Der US-Geldhunger diktiert ein rasches und skrupelloses Vorgehen. Denn eine Staatsverschuldung von aktuell 18,5 Billionen US-Dollar schreit nach Tilgung. „Woher nehmen und nicht stehlen?“, würde der Volksmund an dieser Stelle fragen. Die USA haben die Lösung und sagen: „Woher nehmen? Einfach stehlen!“ Denn sie verfügen über eine unfehlbare Waffe: Sie beherrschen den internationalen Dollarverkehr. Denn heute noch muss der gesamte internationale Zahlungsverkehr, allen voran die Bezahlung von Rohstoffen, in der Währung Dollar erfolgen. Somit kann Washington jeden, der nicht seinem Diktat folgt, vom Dollarverkehr – und damit vom Welthandel – ausschließen. Macht regiert, nicht Recht! Die Drohung mit dieser Waffe wirkt – wie immer sie auch begründet wird: Eine Bank, die vom internationalen Zahlungsverkehr, der nun mal in US Dollar abgewickelt wird, ausgeschlossen wird, überlebt keinen einzigen Tag. Die Schweizer Bank Wegelin zum Beispiel musste im Jahr 2012 genau deswegen aufgelöst werden.

Doch noch viel brisanter als die Geld-Strafe selbst ist das die Bank sich erzwungenermaßen selbst schuldig sprechen muss. Und damit unterscheidet sich der Fall Credit Suisse gravierend von einem ähnlichen Fall der amerikanischen Bank JPMorgan, die ebenfalls eine Strafe zahlen musste. Allerdings nur eine Strafe, ohne Schuldanerkenntnis. Das geschah aus gutem Grund: Denn wer will schon Geschäftsbeziehungen zu einer Bank, die offiziell als kriminell verurteilt wurde? Das erzwungene Schuldanerkenntnis könnte bei der Credit Suisse zu erheblichen Problemen bis hin zum Konkurs führen. Deshalb befürchten Insider unkontrollierbare Dominoeffekte im Bankensystem, sollte die Credit Suisse in existentielle Schwierigkeiten geraten. Schließlich zählt sie zu den wichtigsten Finanzinstituten weltweit. Schon jetzt kündigen offenbar große Kunden ihre Geschäftsbeziehungen. Das Schlimmste, was eine Bank zu befürchten hat, ist ein

Vertrauensverlust. Doch genau dieser kann durch ein Schuldanerkenntnis erfolgen - mit unabsehbaren Konsequenzen: nicht nur für die Bank selbst, sondern für die Schweiz ja für das gesamte Geldsystem.

Die Credit Suisse war jedoch erst der Anfang. Als nächstes folgt nun die französische BNP. Hier steht eine Strafe von 10 Mrd. Dollar im Raum. Der französische Premierminister Hollande warnt bereits vor Auswirkungen auf die Stabilität des Finanzsystems und sagt: man lasse sich nicht von den USA schikanieren. Doch von Schikane zu sprechen, ist wohl eher untertrieben. Selbstherrlich bestimmen allein die USA, wer auf die Anklagebank kommt. Und ein wirksameres Mittel zur Erpressung existiert vermutlich nirgends auf der Welt: Wer ins Fadenkreuz angedrohter Ausschaltung vom Dollarverkehr gerät, der bezahlt – ob schuldig oder unschuldig. Er bezahlt einfach. So tat es auch die Führung der Credit Suisse, obwohl kein Gericht der Welt einen Schuldspruch ausgesprochen hatte. Der Erfolg ist der USA in jedem Fall sicher.

Es sei denn, das Beispiel von Russland und China findet Nachahmer: Diese beiden Länder haben kürzlich beschlossen, ihre zukünftigen Rohstoffgeschäfte nicht mehr im US-Dollar sondern in Ihrer eigenen Währung abzuwickeln. Ein Anfang ist gemacht und es bleibt abzuwarten, ob weitere Länder folgen. Vor allem aber darf nun beobachtet werden, wie die USA darauf reagieren. Die aktuellen Sanktionsforderungen der USA gegen Russland erscheinen mit diesem Wissen in einem ganz anderen Licht.

Bleiben Sie mit uns dran an. Wir informieren Sie auch weiterhin über alle aktuellen Entwicklungen auch auf diesem Gebiet.

von khc.

Quellen:

Der aktuelle Freitags-Kommentar der «Schweizerzeit»
<http://www.schweizerzeit.ch/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.